

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 51 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Bräuden-
straße 10b .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 22. Dezember 1911

Inhalt: Beitragsabgabe. — Wahl-Weihnachten. — Das Hausarbeitsgesetz. II. (Schluß). — Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910. II. — Aus unserem Bernf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Mundschau. — Adressenänderungen. — Berlamunungsaender. — Verkehrslokale für Sattler und Portefeuillier. — Anzeigen.

Für die Woche vom 24. bis 30. Dezember ist der 52. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandstasse erhalten.

Wahl-Weihnachten.

Wiederum ist das Weihnachtsfest gekommen. In die Zeit schwerster, wirtschaftlicher und politischer Kämpfe fällt das „Fest der Liebe“, das „Fest des Friedens“. Und während noch Tausende, von Not und Nüchternheit bedrückt, in unerbittlichem Glauben auf die Erfüllungen der schönen Verheißung von der Erlösung der Menschen durch den Erlöser harren, schreiten verderbbringender Hunger, Krieg und Pestilenz über den Erdball. Saß und Bosheit dauern unverändert fort. Die Gier nach Macht, Ruhm und Geld ist bei den Mächtigen und Besitzenden unerfättlich und geht rücksichtslos ihren Weg.

Aber auch das heutige Staatschristentum hat mit dem Irenen, als dessen kraftvoller Verfechter die jagende Gestalt des Zimmermannssohnes von Nazareth uns vor Augen tritt, nichts gemein.

Aus dem begierigen Drängen der ersten Christen nach Befreiung aus sozialen und wirtschaftlichen Nöten, aus dem urwüchsigsten Streben nach brüderlichem Zusammenschluß auf kommunistischer Grundlage, hat das bald entstandene, dogmenreiche Kirchen- und Pfaffenregiment eine wehleidige Religion der Demut, der Enttäuung und der Hoffnung auf ein nebelhaftes Jenseits gemacht.

Die himmelschreiende Korruption des zusammenbrechenden römischen Weltreichs war ein günstiger Boden für die sozialrevolutionären Ideen der ersten Christen. Während die Mächtigen und Herrschenden ebenso wie heute in den raffiniertesten Genüssen und Freuden schwelgten, leuchtete die breite Masse unter dem entschlichen Trude wirtschaftlicher Not und machthaberischer Willkür. Daraus resultiert auch der gewaltige Einfluß der neuauftauchenden Lehre von der Bruderschaft, vom Kommunismus der Güter. Alle sollten Brüder sein, keiner sollte mehr besitzen, als er zum jeweiligen Gebrauch nötig hatte! Darin verkörperte sich die christliche Religion und hierin bestand auch ihre „Staatsgefährlichkeit“, die sie zum Gegenstande der grausamsten Verfolgungen werden ließ.

Die bald einsetzende Kirchenherrschaft räumte aber mit den realen kommunistischen Bestrebungen auf und verlegte alles Hoffen und Wünschen in das nebelgraue, weltferne Jenseits. Aus dem mächtig quellenden Glauben an das Ende aller irdischen Nöte wurde unter den geschickten Händen geistlicher und weltlicher Machthaber ein Schutzwall für Geld- und Willkürherrschaft. Die kommunistischen „Edelmännerchen“ wurden durch die Almspende und die Bettelstuppenpraxis verdrängt. Und damit hatte das Christentum auch für die Mächtigen dieser Erde den revolutionären, staatsgefährlichen Charakter verloren

und war eine jamose Institution für die Knechtung des unteren Volkes geworden.

Bald sind es zweitausend Jahre, da die Diener der christlichen Kirche die Lehren des Nazareners verfundnen, und wirkungslos verhalten ihre Worte im Geiste des Menschheitskampfes. Gewaltige Umwälzungen vollzogen sich unter den Augen, unter mehr oder weniger entscheidender Mitwirkung der Kirche. Die Kriegsjacke loderte allenthalben, Völkerrriege verheerten die Länder, Nationen kamen und gingen, die Erde wurde immer wieder neu verteilt. Meide entzündeten und verschwanden wieder, ein immerwährendes, gigantisches Ringen um Macht und Besitz. Aus dem kümmerlichen Pflanzgen der Wissenschaft entstand ein kraftvoller Baum und ein frisch-fröhlicher Wirbelwind stob mutig in die düsteren, verstaubten Hallen dogmenstarrer Glaubens. Das wirtschaftliche Leben vollends hat sich von Grund aus verändert. Wie ein wildschäumender Gebirgsbach walgte sich der Kapitalismus über den Erdball, alle Dämme kleinmeisterlicher Tradition niederbrechend. Dampf und Elektrizität gehorchten seinem Willen und hielten Millionen der wunderbaren Maschinen in Bewegung. Eisenbahnen und Schiffe vermittelten den Verkehr und trugen die Güter von Land zu Land in erstaunlicher Schnelle. Im Reiche des Kapitals häuften sich bergebend mächtigen Schätze und Reichtümer. Die Besitzenden schmelzen in Fülle und Wohlstand. Reich, reich ist die Erde und fruchtbar!

Von unzähligen Glockentürmen schallt es mit eburner Zunge ins Land hinein: „Friede auf Erden, und dem Menschen ein Wohlgefallen!“ Dabei befinden sich die Kulturvölker in einem wahnsinnigen Wettrennen, starrt die Welt in Waffen, werden Intelligenz und Wissenschaft aufgegeben, um täglich neue verbesserte Wodwertzeuge zu konstruieren. Millionen werden verpulvert, Millionen und Milliarden, die dem Volke alljährlich durch Wucherzölle, durch verruchte Steuer- und Abgabensysteme abgenommen werden, verschwinden in dem gesträgigen Rachen des Militarismus. Schlot- und Krantunker sorgen aus Profitinteressen, daß die Spannung und die Eifer sucht bestehen bleibt zwischen den einzelnen Mächten, und schüren mit satanischer Lust das Kriegsfener.

Dem Menschen ein Wohlgefallen! — Die Arbeit der Menschen schafft unaufhörlich Kulturüter, fördert Reichtümer zutage, an denen sie keinen Anteil haben. Während das arbeitende Volk darbt und frondet, häufen sich in den Händen einzelner weniger selbsthafte Schätze auf. — Während vor der Tür der Armen das Gepeinert der Armut, des Elends, der Demütigung lauert, halten die oberen Zehntausend im hochantischen Taumel von Fest zu Fest, von Genuß zu Genuß, bildet ihr Leben einen einzigen Sinnenrausch.

Kleider sind im Ueberfluß vorhanden und können mehr als nötig hergestelt werden. Aber Tausende laufen barfuß, frieren und können ihre Wöche nicht bedecken. Chemie und Wissenschaft haben die Erde fruchtbarer gemacht, ihr Reichtum fließt in Fülle und Fülle, trotzdem müssen Tausende stieriger, armer Menschen vorübergehend oder dauernd Hunger leiden. In allen Ländern, die mit ihrem Christentum und ihrer Kultur prunken, erschüttern wirtschaftliche Kämpfe das Gesellschaftsleben, Kapital und Arbeit kämpfen einen unerbittlichen Kampf.

Die Sklaven der Arbeit fordern Licht, Brot und Menschenrechte, was ihnen ihre „Brüder in Christo“ mit dem Geldsack hartnäckig vorenthalten. Wo aber

die Arbeiter sich ihre Rechte im Kampfe zu erothen suchen, da vereinen sich Staat und Kirche mit dem Unternehmertum, um dessen Interessen zu schützen.

Wahl-Weihnachten! Durch das Land ziehen falsche Prediger, Lügenapostel! Die Ritter und Heiligen, die Schlotbarone und Scharfmacher, die dem Volke unerhörte Summen auferlegt haben und selbst dem Staate alljährlich an Steuern Hunderte von Millionen betrügerisch entziehen, die den Weifen das Brot verteuert, den Witwen ihre wohlverordneten Rechte geraubt, sie, die Väter der Finanzreform, der Reichsversicherungsordnung, der Krankentassennebelung, wollen dem Volke Sand in die Augen streuen, wollen ihr schwarzes, sündiges Gewissen weiß waschen.

Wahl-Weihnachten! Nicht zum Gebet, zum Kampfe wider die Wucherer und Wessler mahnen die Glocken.

Durch all den Jammer und das Elend klingt sicgesdröh der Trugfang der Kämpferbataillone! Von der Gewißheit durchdrungen, daß kein einzelner Mensch, und sei er noch so genial, die Menschheit aus den Banden der Unterdrückung und der Ausbeutung erlösen kann, jugend auf der Zubersticht, daß er kommen wird, der Erlöser der Menschheit, wenn auch nicht in Gestalt eines Gottessohnes, wohl aber im Sozialismus, führen wir unseren Kampf. Aus dem dumpfen Tröhnen des Massenkampfes klingt hell und zukunftsdröh das stolze Lied:

„Wir wollen kein feiges, kein halbes Geschlecht,
Kein tröstendes Wort uns zum Hohne,
Wir wollen für jeden ein heiliges Recht,
Für jeglichen Arbeit, die lohn!
Und Freude, wo brennend die Träne jetzt fällt,
Und Frieden der ganzen, der zeugenden Welt
Und dem Volke der Zukunft Krone!“

Emil Unger.

Das Hausarbeitsgesetz.

(Eine Parallele mit dem Tarifvertrag in der Lederwarenindustrie.)

II. (Schluß.)

Nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Schmidt bei der zweiten Lesung im Reichstage mit einer aus dem Leben gegriffenen Schilderung des Heimarbeiterselends die Unzulänglichkeit der Kommissionsbeschlüsse scharf kritisiert hatte, vertrat der frühere Vastor, jetzt sozialdemokratischer Abgeordneter Paul Göhre den Gedanken der allgemeinen gesetzlichen Lohnregelung und empfahl einen Antrag zur Annahme, wonach auf Antrag von Hausarbeitern oder ihrer Organisation das Gewerbegericht als Entgeltungsamt für den Bezirk seiner Zuständigkeit die Lohnsätze in der Branche, welche es anerkennen hat, für eine bestimmte Dauer festzusetzen hat. Wo kein Gewerbegericht besteht, sollten zu diesem Zwecke Kommissionen gebildet werden. Die Lohnsätze dürften nicht niedriger festgesetzt werden als die in den Fabriken und Werkstätten für entsprechende Arbeit gezahlten Löhne. Trotzdem Göhre sich auf die Ausführungen des früheren Staatssekretärs Freiherrn von Berlepsch stützte, verhielt sich der Staatssekretär

des Innern Dr. Delbrück ablehnend mit der Begründung:

Die veränderten Verhältnisse würden unter allen Umständen ihre Zustimmung zu gesetzlichen Bestimmungen verweigern müssen, die in irgendeiner Form eine obligatorische Festsetzung der Löhne unter Mitwirkung der Behörden fordern, da es der staatsrechtlichen Organisation der Bundesstaaten und der behördlichen Organisation nicht entspreche, in dieser Weise in den Arbeitsvertrag und in die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingzugreifen.

Der Staatssekretär stellte jedoch in Aussicht, daß aus einem in Preußen bestehenden Fonds zur Förderung der Heimarbeit Mittel gegeben würden, um die Durchführung des gesundheitlichen Heimarbeiterschlusses zu erleichtern, damit die Heimarbeiter durch das Gesetz nicht über ihre Kräfte belastet würden. Die Sachausschüsse sollten eine neutrale Stelle sein, um die wirklichen Verhältnisse objektiv festzustellen. An die Spitze der Sachausschüsse würden wohl die Gewerbeaufsichtsbeamten gestellt werden. Die Regierung lege großen Wert darauf, mit Hilfe dieser Sachausschüsse die Löhne festzusetzen. Die Fälle erbärmlicher Lohnrückerei würden dadurch im wesentlichen verschwinden; die Gewerbegerichte würden die Gutachten der Kommissionen zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Das sei jedoch das Neueste, was aus rein praktischen Gründen im Interesse der Heimarbeiter bewilligt werden könne.

Diese Ausführungen müssen Betreffenden erregen, wenn man weiß, daß die zur Abhilfe des Heimarbeiterschlusses in Australien eingeführten Lohnnämter durch die Lohnfestsetzung dieser Notwendigkeit durchaus gerecht geworden sind; die Erhöhung der Löhne, speziell für die Heimarbeiter, hat deren unangenehme Lage beseitigt, und die Industrien haben sich trotzdem, wie Professor Broda-Paris an der Hand der offiziellen Statistik nachweist, weiter sehr befriedigend entwickelt.

Dieses günstige Ergebnis hat England veranlaßt, im Jahre 1909 ein gleich gerichtetes Gesetz einzuführen, und die auf Grund dessen errichteten Lohnnämter haben bereits ihre Aufgabe gelöst, entsprechende Minimallohne für Heimarbeiter festzulegen. Die Annahme des englischen Gesetzes erfolgte im englischen Unter- wie Oberhaus ohne jedweden Widerspruch; auch die konservative Gruppe des englischen Parlaments hat die Lösung des Problems gern akzeptiert. Und bei uns haben sie sogar die Liberalen verworfen! Deutschland in der Welt voran! Hier wird die gesetzliche Regelung der Löhne, wodurch unwiderlegbar eine Besserung für viele Arbeiterkategorien erzielt worden wäre, abgelehnt, dafür aber Beteiligungsrechte aus einem preussischen Fonds verprochen. War sich der Herr Minister bewußt, welche Verböhnung der Heimarbeiter in seinen Verprechungen liegt, wenn er preussische Wohlfahrten in Verbindung mit Erleichterung der Lasten der Arbeiter bringt? Will die Regierung Preußens Arbeitsräume für die Heimarbeiter schaffen, oder will sie Heimarbeiter, die infolge der Einhaltung der sanitären Vorschriften arbeitslos geworden sind, wie die Tabak- und Bündelholzarbeiter, oder gar wie die Witwen und Waisen nach der Reichsversicherung abspießen? Außerdem ist das Hausarbeitsgesetz kein spezifisch preussisches, sein Geltungsbereich ist Deutschland. Was soll in den übrigen Bundesstaaten geschehen? Wenn die Heimarbeiter an die Reichsversicherungsordnung denken, wodurch die Hilfskrankenkassen vernichtet werden und sie selbst den Landkrankenkassen angehören sollen, dann verzichten sie gerne auf Wohlfahrten ohne Rechtsanspruch.

An Stelle der Lohnnämter wurden Sachausschüsse geschaffen, für die sich auch das Zentrum und Behrens kräftig ins Zeug legten, obgleich es eine Institution ist, deren Errichtung vom Bundesrat für bestimmte Gewerbebezirke und Gebiete beschlossen werden kann, also nicht obligatorisch ist. Dazu kommt noch, daß hier akzeptierte Kompromißantrag, dessen Wortlaut wir bereits in Nr. 46/1911 auf Seite 321 erste Spalte brachten, ohne jede rechtsverbindliche Kraft ist.

Die zuständige Polizeibehörde kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten Einrichtungen anordnen, die zur Vermeidung einer

durch die Natur des Kontraktes nicht gerechtfertigten Zeitverlängerung des Hausarbeiters bei der Empfangnahme oder Ablieferung der Arbeit erforderlich sind, also z. B. die Aufstellung von mehreren Tischplatten verlangen, jedoch nur, wenn dies ohne unvernünftige, unangemessene Aufwendungen ausführbar ist.

Wir erinnern uns noch des Gelächters der mehr als 3000köpfigen Versammlung im Offenbacher Gewerkschaftshaus, als im Jahre 1905 die erste und einzige Errungenschaft der Tarifverhandlungen, Bewilligung einer Sitzgelegenheit für auf Material wartende Heimarbeiter oder ihrer Voten und Platz zur Verpackung der Materialien, verkündet wurde. Jetzt nach mehr als sechs Jahren, kann die Polizeibehörde die Aufstellung von Tischplatten verlangen, wenn sie nichts oder sehr wenig kosten, aber die Wartzeit zu bezahlen, was oft wichtiger und darum in der Lederverwarendindustrie tariflich geregelt ist, würde unritztig Aufwendungen verursachen, darum auch hier ein silbernes Nixel und ein goldenes Warteweilchen.

Die Polizeibehörde kann ferner auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten, soweit sich in einzelnen Gewerbebezirken aus der Art der Beschäftigung Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit ergeben, zur Beseitigung dieser Gefahren Maßnahmen anordnen, auch die Beschäftigung von Kindern über die im Minderjährigengesetz angegebene Altersgrenze hinaus verbieten. Soweit sich in einzelnen Gewerbebezirken, insbesondere solchen, welche der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- oder Genussmitteln dienen, Gefahren für die öffentliche Gesundheit ergeben, kann die zuständige Polizeibehörde durch Verfügung für einzelne Werkstätten anordnen, wie diese und die Lagerräume einschließlich der Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften einzurichten und zu unterhalten sind, und wie der Betrieb zu regeln ist, um die Gefahren auszuschließen. Außerdem kann die Polizeibehörde anordnen, daß Räume, in denen Nahrungs- oder Genussmittel hergestellt oder verarbeitet werden, zu bestimmten anderen Zwecken nicht benutzt werden dürfen. Der Bundesrat eventuell die Landeszentralbehörde endlich können bestimmen, welchen Anforderungen zum Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit und bei Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln zu genügen ist. Auch kann er die Verrichtung solcher Arbeiten in der Hausarbeit verbieten, welche mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Hausarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden sind.

Wer solchen von der Polizei oder dem Bundesrat erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, also z. B. der Heimarbeiter, der sanitätswidrig enge Arbeitsräume benutzt, wird bestraft.

Auch hier haben unsere tariflichen Vereinbarungen Vorzüge getroffen. Wir forderten 5 Proz. Lohnzulage als Entschädigung für den Arbeitsraum. Die Unternehmer lehnten sie ab, verpflichteten sich aber, sollte das Hausarbeitsgesetz erhöhte Anforderungen in bezug auf sanitäre Zustände stellen, sie dann diesen Teil der Kosten zu tragen haben. Das Zentralarbeitsamt soll dann zusammenzutreten und die Höhe der Vergütung bestimmen.

In der Reichstagsverhandlung am 5. Dezember wurde noch eine Resolution angenommen, wonach der Reichskanzler dahin wirken soll, daß bei der Vergütung öffentlicher Lieferungen, die in der Hausindustrie hergestellt werden, an erster Stelle die Hausarbeiterorganisationen und im übrigen solche Gewerbebetriebe, welche tarifmäßige Löhne zahlen, berücksichtigt werden sollen. Ebenso ein Antrag, der den Schutz auch des Heimarbeiterschlusses vor Beschlagnahme beweist. Die Unpäßbarkeit des Arbeitslohnes erfordert einen Arbeitsvertrag; es wird festgesetzt, daß auch Heimarbeiterlöhne, wo das Jahreseinkommen 1500 M. nicht übersteigt, unpäßbar sind.

Galten wir uns das ganze Gesetz und seine „Randvorschriften“ vor Augen, so müßten wir es trotz der winzigen Verbesserungen und der einstimmigen Annahme als „weiße Salbe“ bezeichnen. Treffend hat die „Frankfurter Zeitung“,

ein durchaus bürgerliches Blatt, das Gesetz bezeichnet und dabei geschrieben: „Da möchte man wünschen, daß in der Sache lieber gar nichts geschehen wäre. Großen Wert hat das Gesetz nicht, da der wichtigste Punkt, die Lohnfrage, überhaupt nicht geregelt wird, und es ist eine alte Erfahrung, daß ein mangelhaftes Gesetz, so ungenügend es auch sein mag, eine baldige gründlichere Regelung hintanhält.“

Mit welchem berechtigten Pessimismus von uns die ganze Veratung des Hausarbeitsgesetzes betrachtet wurde, zeugen am besten die Ausführungen unseres Delegierten auf dem Deutschen Heimarbeitertag 1911.

Er führte unter anderem aus: „Ich bin fest davon überzeugt, daß der heutige Heimarbeitertag nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kulturwelt daselbe Aufsehen erregen wird, wie feinerzeit die Heimarbeitersitzung und der erste Heimarbeitertag hier in Berlin, und ich meine, es ist so gut, daß man sowohl die Regierung als auch die Unternehmer immer und immer wieder mit Nachdruck auffordert, zu tun, was ihre Pflicht ist. Aber neben dem, was wir von der Gesetzgebung verlangen, müssen wir in allererster Linie auch aus der Initiative der Heimarbeiter heraus Forderungen aufstellen. Ich kann und will nicht in das Glendickel einstimmen, das hier von verschiedenen anderen angestimmt ist, weil ich weiß, daß eine starke, aufgeleitete gewerkschaftliche Organisation über die Gesetzgebung hinaus zum Wohl der Heimarbeiter wirken wird. Auch bei uns in der Portefeuilleindustrie Deutschlands, wo nahezu 80 Proz. aller Arbeiter in der Hausindustrie beschäftigt sind, waren noch heute vor zehn Jahren unsere Kollegen in Berlin und Offenbach diejenigen, deren Glend mit dem der Spielwarenarbeiter im Erzgebirge verallien wurde. Die Arbeiter haben sich dann selbst eine Organisation geschaffen, die den Unternehmern sehr unbequem geworden ist, so daß deren Vorsitzender, Herr Syndikus Schölmacher, 1902 in seinem Handelskammerbericht an die preussische Regierung schrieb, daß die Sozialdemokratie und insbesondere auch die ganze Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter in ausgeprägtester Gegnerschaft gegen die Hausindustrie stehe, und mit allen Mitteln den Eintritt der Hausgewerbetreibenden in die Fabriken betreibe, um sie besser ihrer Notmäßigkeit unterwerfen zu können. Diese Worte haben geradezu aufreizend auf die Heimarbeiter der Portefeuilleindustrie gewirkt, in Massen schlossen sie sich der Gewerkschaft an. Dies blieb Herrn Schölmacher nicht unbekannt, er sah sich veranlaßt, den Verhältnissen nachzugehen, und schon nach zwei Jahren änderte er seinen Standpunkt, denn im Bericht von 1904 hält er das Anwachsen der Hausindustrie auf Kosten der Fabrikarbeit für keine erfreuliche Erscheinung, und im Jahre 1906 sagt derselbe Berichterstatter, es habe sich herausgestellt, daß die Portefeuillebranche mit dem vor einigen Jahren mit der Gewerkschaft der Portefeuillearbeiter abgeschlossenen Arbeitsvertrag zufrieden sein könne. Diese bessere Ueberzeugung von der Gewerkschaft hat das gute Organisationsverhältnis der heimarbeitenden Portefeuille dem Herrn Schölmacher beigebracht. Wir haben bis zu 90 Proz. unserer Kollegen organisiert, wir haben Tarife geschaffen, die — ohne Ueberhebung kann ich das sagen — vorbildlich in der deutschen Arbeiterbewegung dastehen. Wir brauchen nicht nach England zu gehen, um Lohnlisten zu sehen, denn wir haben seit 1905 die deutschen Lederverwarendindustriellen gezwungen, in allen Betrieben und an allen den Stellen, wo Heimarbeiter liefern, Lohnlisten anzuhängen, und diese Listen müssen mit einem Vorwort des Betriebsinhabers versehen werden. Dies Vorwort darf weder ein Profurist noch sonst ein Angestellter schreiben, sondern der Tarif verlangt ausdrücklich, daß jeder Unternehmer es eigenhändig schreibt. Das hat uns dieselbe Unternehmervereinigung zugestanden, die uns noch vor 10 Jahren bekämpft hat, die Führer der Organisation auf die